



KAROLINA JONDERKO

FOTO-TABLEAU

Wunschkinder, die keine sind 4/5

Eine Familie figuriert besonders prominent in der Fotoreportage, die Karolina Jonderko den «reborn dolls» und ihren Müttern gewidmet hat: diejenige von Katarzyna. Wie viele dieser Frauen hat Katarzyna vor einigen Jahren eine Fehlgeburt erlebt; aber im Gegensatz zu anderen Schicksalsgenossinnen war sie damals bereits Mutter von vier gesunden, hübschen Kindern. Trotzdem muss der Verlust des Babys tief gegangen sein: Katarzyna versuchte die Leerstelle in ihrem Leben mit einer der als «reborn dolls» bekannten, lebensgrossen und naturgetreu gestalteten Puppen zu füllen, die sie bis heute wie ein echtes Kleinkind behandelt. Das Büblein kommt auf jeden Spaziergang mit, wird abends, wenn die Grösseren im Bett sind, gepflegt und schlafen gelegt. Katarzynas Kinder haben, wie Jonderkos Aufnahme zeigt, ihr «Brüderchen» ganz in ihr Leben integriert und sogar ins Herz geschlossen. Wie sie sich wohl als Erwachsene an dieses seltsame Geschwister erinnern werden?

Niedergang der maskulinen Fertilität

Männerdämmerung

Gastkommentar
von MANFRED SCHNEIDER

Der Befund ist nicht neu: Seit mehr als zwanzig Jahren weisen Forschungsinstitute weltweit darauf hin, dass die Menge der Spermien, die die Männer der industrialisierten Länder produzieren, drastisch abnimmt. Jüngst berichtete die britische Zeitschrift «Human Reproduction Update» von einem Rückgang um 52,4 Prozent in den Jahren zwischen 1973 und 2011. Nicht nur die Spermienzahl ist rückläufig, auch die Beweglichkeit, welche die Samenzellen auf ihrer langen Wanderung zu einer fruchtbaren Eizelle benötigen, lässt nach. Und es gibt keine Abhilfe. Urologen, Andrologen wissen keinen Rat. Würden bisher vor allem Nikotin, Alkohol, Umweltgifte, hormonbelastete Speisen, enge Hosen oder heisse Whirlpools für den Abbau der Spermien verantwortlich gemacht, treten neuerdings andere Verdächtige auf den Plan: Aus den USA erreichen uns Theorien, dass die Mobiltelefone in den Hosentaschen der Männer an dem zerstörerischen Werk beteiligt sind.

Diese Nachricht hat die Industrie im Silicon Valley und anderswo natürlich nicht ruhen lassen. Zwar arbeitet unter der Google-Holding Alphabet auch das Anti-Aging-Unternehmen Calico Tag und Nacht daran, das Menschenleben demnächst bis in die Unsterblichkeit hinein zu verlängern. Dann könnte das mühselige und die Paare emotional überfordernde Geschäft der Fortpflanzung ad acta gelegt werden. Aber solange Calico die Unsterblichkeitsdroge nicht liefert oder sie zu teuer ist, sind Zwischenlösungen gefragt.

Seit einem Jahr bietet das weltweit tätige israelische Unternehmen Medical Electronic Systems den «YO Home Sperm Test» an, der es dem besorgten Mann ermöglicht, binnen weniger Minuten den Stand seiner Fruchtbarkeit zu erheben. Er benötigt nur eine App und ein Test-Kit, das mit der Kamera und dem Licht des Smartphones ein Video zur Beweglichkeit sowie eine Analyse der Konzentration der jeweiligen Spermienprobe liefert.

Schon sind die Startups zur Stelle, wie der Cryobanking-Service Legacy, der es dem bedrohten fortpflanzungsbereiten Mann ermöglicht, in jüngeren Jahren seinen Samen einzufrieren und darauf zurückzugreifen, wenn er sich selbst und die Zeit für reif hält. Die Schweizer Legacy-Samenfroster werben mit der unschlagbaren Parole, sie seien «the Swiss private bank for your most valuable assets». Oder werben wir mit Schiller: «Dem Manne kann geholfen werden.»

Dennoch bleibt das Rätsel, warum sich weltweit dieser dramatische Niedergang des Mannes vollzieht. Amerikanische Männerforen bieten dafür eigene Erklärungen: Die moderne Gesellschaft, in der die virile Leitkultur durch Emanzipation, Frauenbewegungen und zu viel Staat untergraben

werde, sei Gift für den Mann und sein männlichstes Produkt. Situationen, bei denen früher Unmengen von Testosteron durch seinen Körper rauschten – Krieg, Duelle, öffentliche Hinrichtungen, die High-Noon-Nervenkitzel – sind politisch gebrandmarkt. Dem Manne als Betaversion des Menschen geht das Sperma aus. Ejakulationsfontänen, wie sie die Pornofilmindustrie als Special Effects ausschüttet, gehören in die vergangene Romantik der Männlichkeit.

Wo bleibt die feministische Version der Männerdämmerung? Man könnte sich aus legitimer Frauensicht durchaus vorstellen, dass die Natur selbst umzudenken begonnen hat. Einst schuf sie, ohne gross die Folgen abzuschätzen, die beiden Geschlechter und liess es zu, dass auf den körperlichen Unterschied namens Sexus der noch üblere kulturelle Unterschied namens Gender gepfropft wurde. Jetzt könnte sie dazu ansetzen, die Gerechtigkeitssücke, nämlich den numerischen Abstand zwischen weiblichen Eizellen, die es während eines Frauenlebens bis zum Eisprung schaffen, und der männlichen Rate, die mit Milliardenüberschüssen prunkt, nach und nach zu schliessen.

Was könnte die Natur, der wir gerne vernünftige Entscheidungen zutrauen, sonst für Absichten haben? Es ist nach wie vor seltsam, dass es diese Spermienmengen gibt, wo doch ein einziges Spermatozoon genügt, um mit dem Gegenpart gemeinsam das Wunder eines neuen Lebens einzuleiten. Es erinnert daran, dass die Natur auch das Leben und das Überleben anderer Organismen, Bakterien, Fadenwürmer, aber auch Insekten, durch schiere Massen sichert, weil sie in gefährlichen Umwelten leben. Lebt das Spermatozoon vielleicht zu gefahrenlos? Würden seine natürlichen Feinde durch Hygienefortschritte in den vaginal-schleimhäuten ausgerottet? Was mag die evolutionäre Vernunft der Natur sonst dazu treiben, die Menge der Spermien so drastisch zu reduzieren?

Es gäbe für diese Sparsamkeit noch eine andere Erklärung. Dazu müsste man, statt sich im Internet in Männerforen paranoisch einnebeln zu lassen, die alten Bücher des griechischen Arztes Hippokrates aufschlagen. In seiner Schrift über die Zeugung, «Peri Gones», erläutert Hippokrates im Rahmen der Säftelehre, aus welchen Substanzen sich die Zeugungsflüssigkeit des Mannes speist. Verschiedene «humores», wie die Körpersäfte später auf Lateinisch hiessen, leisten dazu ihren Beitrag. Doch es ist die Gehirnsubstanz, die den grössten Anteil zum feinen Schaumgemisch des Samens beisteuert. Da wäre doch wahrhaftig eine tiefe Weisheit am Werk! Die Natur, besorgt um die Menschenvernunft, geht dazu über, immer mehr (männliche) Hirnssubstanz zu retten.

Manfred Schneider ist emeritierter Professor für deutsche Literaturwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum.

Observation durch Sozialversicherungen

Verfassung als oberstes Recht – nur wenn's passt

Gastkommentar
von MARKUS MOHLER

Dass betrügerische Bezüge zulasten der Sozialversicherungen bekämpft werden müssen, ist unbestritten. Die Frage ist nur, wie. Darüber kann man geteilter Meinung sein. Das Parlament hat nun jedoch eine mehrfach problematische Lösung beschlossen. Diese widerspricht zudem in mehrfacher Hinsicht der Bundesverfassung.

Nach der neuen Fassung des Sozialversicherungsrechtes (Allgemeiner Teil, ATSG) können Versicherungen und Krankenkassen eine versicherte Person verdeckt mit Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten beobachten (observieren), «wenn aufgrund konkreter Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass die versicherte Person unrechtmässig Leistungen bezieht oder zu erhalten versucht». «Unrechtmässig» heisst jedoch noch nicht strafbar. Es besteht also noch kein genügender Verdacht auf eine strafbare Handlung oder einen Versuch dazu. Demzufolge ist die Strafprozessordnung (ein Bundesgesetz) nicht anwendbar.

Sogenannte Vorermittlungen, das heisst Abklärungen vor Ermittlungen gemäss der Strafprozessordnung zur Erhärtung und Widerlegung eines Anfangsverdachts, sind möglich, sofern das kantonale Polizeigesetz dazu die nötige Grundlage liefert.

Solche Observationen sind eine ausschliesslich polizeiliche Aufgabe. Diese fällt in die kantonale Polizeihohheit und Verantwortung und darf nur von oberen Polizeizeidnern angeordnet werden.

Die Kantone setzen gemäss Verfassung und Gesetz das Bundesrecht um. Dem Bund kommt die Kompetenz zur Gesetzgebung im Sozialversicherungsrecht zu, er hat aber keine Kompetenz zur Polizeigesetzgebung. In der Bundesverfassung kommt der Ausdruck «Polizei» nicht vor. Der Bund erfüllt nur Aufgaben, die ihm die Bundesverfassung zuweist. Oder umgekehrt: Ohne eine solche Zuweisung hat er keine Kompetenz. Dies entspricht dem bundesstaatlichen Prinzip bzw. dem Föderalismus.

Es gibt zwar sogenannte abgeleitete (implizite) Kompetenzen des Bundes. Eine solche kann er aber in diesem Fall nicht geltend machen. Dies ist nur zulässig, wenn die primäre Aufgabe (hier also die gesetzliche Regelung betreffend widerrechtliche Versicherungsleistungen) ohne eine solche abgeleitete Kompetenz zur Umsetzung überhaupt nicht erfüllt werden könnte. Dem ist hier aber offensichtlich nicht so: Diese polizeiliche Aufgabe ist durch die verfassungsmässigen (Polizei-)Organe zu erfüllen. Nur so bleibt der Rechtsstaat gewahrt.

Markus Mohler war Polizeikommandant von Basel-Stadt und lehrte bis Ende 2011 an den Universitäten Basel und St. Gallen öffentliches, speziell Sicherheits- und Polizeirecht.

Zudem würde die Versicherung als Vertragspartei zur Auftraggeberin für die damit verbundenen Grundrechtseingriffe (persönliche Freiheit, Privatsphäre) in eigener Sache. Das wäre eine Art gesetzlich vorgegebene Amtsamassung. Demzufolge fehlen dieser vom Parlament beschlossenen Regelung die notwendige Verfassungsgrundlage und die Rechtsstaatlichkeit.

Für solche Observationen sollen Private eingesetzt werden können (der Versicherungsträger «kann externe Spezialistinnen und Spezialisten mit der Observation beauftragen»). Damit wird gleichzeitig einmal mehr auch dadurch das rechtsstaatliche Gewaltmonopol des Staates durchbrochen. Heucheliche Datenbearbeitungen ohne Einverständnis der betroffenen Person gehören zum Gewaltmonopol. Zwar hat der Bundesrat immer wieder erklärt, das Gewaltmonopol des Staates sei Kern der Rechtsstaatlichkeit, doch er widerspricht sich selber immer wieder, auch hier. Dies ist ebenso wenig verfassungskonform.

Verlangt wird von den privaten Observanten eine Polizei- oder eine gleichwertige Ausbildung. Gleichwertig heisst auch aufwendig, teuer – sehr teuer. Die Grundausbildung für Polizeiangehörige, noch ohne Spezialisierung in Observation, kostet im Minimum 250 000 Franken und dauert mindestens ein Jahr bis zum Erlangen des eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses. Dieser Aufwand ist der Rechtsstaatlichkeit geschuldet.

Einen solchen Ausbildungsaufwand können sich private Sicherheitsunternehmen jedoch nicht leisten. Also werden sie versuchten, Polizeiangehörige abzuwerben, um diese Kosten zu sparen. Das aber wäre – mit Verlaub – Unfug, wenn schon überall, auch vonseiten der Politik, die zu geringen Polizeibestände beklagt werden. Es dauert anderthalb bis zwei Jahre, bis der Abgang einer oder eines Polizeiangehörigen kompensiert ist. Das kann nicht der Sinn sein.

Zudem sind Konflikte zwischen solchen Observanten und der Polizei vorprogrammiert: Wenn zum Beispiel eine Versicherungsnehmerin der Polizei meldet, sie werde observiert, wird die Polizei selber aktiv (etwa wegen Stalking) und den Observanten observieren. Eine Verschleuderung von Ressourcen.

Diese Änderung des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts ist in dieser Form abzulehnen.

Donnerstag, 4. Oktober 2018

Neue Zürcher Zeitung

MEINUNG & DEBATTE 11

Gewichtige Volksabstimmungen am Laufmeter

Dauerstress für die Stimmbürger



Nach dem Spiel ist vor dem Spiel. Diese Weisheit der Fussballer gilt auch für die Politik. Die Stimmbürger kommen nie zur Ruhe. Die direkte Demokratie in der Schweiz ist keine Mickey-Mouse-Veranstaltung. Wir stimmen nicht nur über lokale Velowege ab, sondern auch über die grossen nationalen Themen. Kaum hat das Volk zwei Agrarinitiativen entsorgt, ist schon der Abstimmungskampf um die Selbstbestimmunginitiative der SVP entbrannt, bei der es angeblich um Sein oder Nichtsein geht. Ähnliches steht dem Vernehmen nach im kommenden Mai auf dem Spiel, wenn an der Urne die Götterdämmerung für das Paket Firmensteuern/AHV zu erwarten ist. Auch in der Europapolitik wird das Volk bald wieder sagen, wo Gott hockt: bei der SVP-Kündigungsinitiative und – wer weiss? – vielleicht sogar in Sachen Rahmenabkommen mit der EU.

Auch in den letzten Jahren gab es oft Urnengänge zu gewichtigen Themen. Vollgeld. Energie- wende, Rentenreform, Unternehmenssteuern,

Grüne Wirtschaft, Grundeinkommen, Einwanderungsinitiative, Ecopop, Mindestlohninitiative und, und, und. Die Welt steht nie still. Auch die Schweizer Politik nicht. Internationale Entwicklungen schaffen Problemdruck im Inland, politische Akteure wollen sich mit Vorstössen profilieren, und der im globalen Vergleich enorm hohe Wohlstand inspiriert zu Luxusinitiativen.

Man mag sich in schwachen Momenten fragen, ob das auf Dauer gutgehen kann. Ob das Stakkato gewichtiger Vorlagen, etwa im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsstandort, die vielgerühmte Stabilität und Verlässlichkeit der Schweiz infrage stellt. Ob die mit Mobiltelefon, Beruf, Familie und Hobbys schon mehr als genug ausgelasteten Bürger auf Dauer in der Lage sind, die Schalmeklänge von Initiativen und das permanente Marktgeschrei des Politikbetriebs nüchtern einzuordnen. Oder ob an der Urne «Unfälle» – kleinere wie grössere – unvermeidlich sind.

Doch solche Fragen haben nur in schwachen Momenten offene Antworten. Im Normalmodus rücken die Grundlagenzweifel rasch in den Hintergrund. Man schaue sich in den parlamentarischen Demokratien dieser Welt um und sage, welches Land denn stabiler erscheint als die Schweiz. Wer nicht regelmässig an der Urne über Inhalte entscheiden kann, ist eher geneigt, auf die Strasse

zu gehen. Oder bei Wahlen alle vier Jahre «denen da oben eine Botschaft zu schicken». Oder, wie unlängst die Briten, bei einer Abstimmungsübung, welche die Regierung in ihrer Güte alle fünfzig Jahre ansetzen mag, endlich richtig den Tarif durchzugeben.

Was auch immer britische Eliten seit dem Brexit-Entscheid sagen mögen: Der Begriff «Unfall» wirkt im Kontext von Volksentscheiden herablassend – und dies erst recht in der helvetischen Dauerveranstaltung der direkten Demokratie. War etwa das Volks-Ja zur Minarett-Initiative ein Unfall? Oder das Ja zur Einwanderungsinitiative? Oder das Nein zur Reform der Firmensteuern? Und was ist, wenn das Volk die bilateralen Verträge mit der EU nicht mehr will? Es gibt keinen Diktator, keinen Bundesrat und keinen Parlamentarier, der solche Fragen konstant «besser» einschätzen würde als die Summe der Urnengänger. Wer Abstimmungen verliert, sollte zuerst Demut zeigen und in den Spiegel schauen. Die direkte Demokratie kann mühsam sein, für das politische Personal wie für die Stimmbürger. Doch sie hat ihre grossen Stärken behalten: Abbildung des Volkswillens, Akzeptanz von Entscheidungen, Kanalisierung der Emotionen, Erklärungsdruck für die Eliten. Verschlichung des Diskurses. Ein besseres System lässt weiter auf sich warten.

Hohe Inflation in der Türkei

Erdogan lässt sein Volk darben



Die türkische Bevölkerung zahlt einen hohen Preis für die Politik von Staatspräsident Erdogan. So ist die Inflation im September gegenüber dem Vorjahr auf knapp 25 Prozent gestiegen. Das ist deutlich mehr als befürchtet und entspricht der höchsten Teuerungsrates seit 15 Jahren. Die vor-

ergründige Ursache für die Entwicklung ist schnell gefunden: Den Investoren fehlt das Vertrauen in die türkische Lira. Seit Anfang dieses Jahres hat die Währung rund 37 Prozent ihres Wertes gegenüber dem Dollar verloren, ungeachtet einer leichten Erholung in den vergangenen Wochen. Und weil die Währung im Ausserhandel immer weniger zählt, verteuern sich die Importe. Entsprechend steigt die Inflation.

Doch die Lira ist nur ein Symptom. Das eigentliche Problem sitzt im Präsidentenpalast. Dort herrscht ein Autokrat, der nicht nur rechtsstaatliche Prinzipien mit Füssen tritt. Er versperrt sich auch einer stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik. In der einfachen Ökonomie des Präsidenten zählt nur hohes Wachstum. Um dieses Wachstum zu fördern, setzt Erdogan einseitig auf mehr Konsum und eine lockere Kreditpolitik. Dass das Land dadurch in Schieflage gerät, wird ignoriert. Und wenn die Schieflage allzu offenkundig wird, werden dunkle ausländische Mächte verantwortlich gemacht. Kein Wunder, meiden die Investoren die Türkei und verabschieden sich von der Lira.

Entlarvend für Erdogans Wirtschaftsverständnis ist seine Reaktion auf die hohe Inflation. So forderte er die Bevölkerung diese Woche dazu auf, den Kontakt mit den Behörden zu suchen, wenn es auf Märkten oder anderswo ungewöhnliche Preisunterschiede gebe. Die Regierung müsse in solchen Fällen, so das Versprechen des Landesvaters, Razzien durchführen und «tun, was nötig ist». Doch mit Razzien lassen sich zwar unbetagte Kritiker hinter Gitter bringen und demokratische Institutionen aushöhlen. Im Kampf gegen die Teuerung sind Säuberungsaktionen aber kaum die richtige Medizin. Das Vertrauen in eine Währung kann nicht per Dekret verordnet werden. Das muss Erdogan noch lernen.

Die Uneinsichtigkeit des Präsidenten ist derzeit doppelt gefährlich. So leidet das Land nicht nur unter der schwachen Lira. Hinzu kommen die

steigenden Erdölpreise. Das ist für die rohstoffarme Türkei, die zur Deckung des Energiebedarfs fast vollständig auf Importe angewiesen ist, besonders heikel. Denn wenn die – in harten Dollars fakturierten – Energieimporte immer schwerer wiegen, verschärft sich das Leistungsbilanzdefizit. Und dieses Defizit ist seit Jahren der grösste Schwachpunkt der türkischen Wirtschaft. Es lässt sich nämlich nur finanzieren, wenn stets genügend ausländisches Kapital ins Land fliessen. Daher wäre Erdogan gut beraten, diese Kapitalgeber zu hoffen, statt sie zu beschimpfen.

Um eine Leistungsbilanzkrise zu vermeiden, müssen die Zinsen weiter erhöht werden. Eine Gelegenheit bietet sich beim Notenbanktreffen vom 25. Oktober. Ob Erdogan hierzu Hand bieten wird, bleibt offen. So fordert der Präsident, wider alle Vernunft, die Inflation mit tiefen Zinsen zu bekämpfen. Wie auch immer der Machtkampf ausgehen wird: Die sich abzeichnende Rezession in der Türkei wird über kurz oder lang ohnehin zu einem Abflauen der Inflation führen. Denn wenn die Wirtschaft einbricht, wird weniger gekauft, und es sinkt der Preisdruck. Im Sinne Erdogans ist eine solche Schubumkehr zwar nicht. Dass sie kaum noch zu vermeiden sein dürfte, ist aber ausschliesslich seiner Person anzulasten.

Wahl- und Abstimmungsumfragen auf allen Kanälen

Die Medien sollten genau hinsehen



Dass man als Branche auch unter öffentlicher Dauerkritik wachsen kann, zeigt die Demoskopie-Industrie in der Schweiz geradezu exemplarisch. So gibt es wohl kaum eine von den hiesigen Meinungsinstituten erstellte Umfrage zu politischen Themen, die nach ihrer Publikation nicht sogleich auch angefeindet wird. Gleichzeitig setzen immer mehr Medienhäuser auf die Dienste der hiesigen Aguren. Bis zu dem im Oktober 2019 anstehenden Gesamterneuerungswahlen von National- und Ständerat dürfte denn auch noch so manche Wasserstandsmeldung zu den Parteienstärken publiziert werden. Die Umfragen stossen ganz offensichtlich bei Publizisten wie Leserschaft gleichermaßen auf ein reges Interesse.

Wenn auf der oft lautstark zu vernehmenden Kritik der Ärger über das zu schlechte Abschneiden der eigenen Partei oder der eigenen Initiative mitschwingen dürfte, so steht die Branche doch auch berechtigterweise in der Kritik. Wahl- und

Abstimmungsumfragen vermitteln den Eindruck einer exakten Wissenschaft, die Ergebnisse der Umfragen oft als «hart» Fakten vermittelt. Dabei ist der Weg von der Datenerhebung bis zur ausgewiesenen Prozentzahl gespickt mit Fallstricken. Dies beginnt bei der Wahl des richtigen Erhebungsinstruments und endet bei den Entscheidungen, auf welche Weise die gesammelten Daten gewichtet werden sollen. Die Einzelheiten der jeweiligen Gewichtung sind in der Regel ein gut gehütetes Betriebsgeheimnis. In der Branche schweigt man sich darüber aus – und macht sich so natürlich zusätzlich angreifbar.

Dass das Wachstum der Branche auch neue Mitbewerber anzieht, die mit eher fragwürdigen Annahmen operieren, zeigte sich beispielsweise im Vorfeld der No-Billag-Abstimmung, als ein Anbieter darauf verzichtete, über 65-Jährige in seine Erhebung mit aufzunehmen. Eine gewagte Gangart, ist doch hinlänglich bekannt, dass gerade diese Altersgruppe besonders fleissig zur Urne geht. Auch voneinander abweichende Umfrage- ergebnisse zu identischen aktuellen Fragestellungen sollten der Branche zu denken geben. Der zunehmende Wettbewerb zwischen verschiedenen Anbietern ist trotz solchen Beispielen in vielerlei Hinsicht zu begrüssen. Online-Umfragen, die

noch vor nicht allzu langer Zeit als methodisch anrühlich galten, scheinen mittlerweile satisfaktionsfähig zu sein. Und diese relativ kostengünstige Variante der Datenerhebung dürfte den Weg für weitere künftige Anbieter im Markt ebnen – und so mittelfristig wohl auch zu robusteren Umfrage- resultaten führen.

Für den oft vernommenen Vorwurf, publizierte Umfragen zu Abstimmungen und Wahlen würden die Politik beeinflussen, gibt es bis dato keine gegestigten Erkenntnisse. Jüngste Untersuchungen können in der Schweiz zwar keinen direkten Zusammenhang zwischen Wahlumfragen und der individuellen Wahlentscheidung ausmachen. Trotzdem ist nicht auszuschliessen, dass Umfrageeffekte auf individuelle Einstellungen sowie die Mobilisierung haben können. Darauf bauen auch all jene Kreise, die Umfragen als ein Instrument in der politischen Auseinandersetzung greifen und dieses gezielt zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung einsetzen. Es ist gerade auch deshalb eine der zentralen Aufgaben der Medien, solche Umfragen mit der nötigen Sorgfalt zu begegnen und die entsprechenden Resultate kritisch zu vermitteln. Dies gilt natürlich gerade auch dann, wenn diese zum eigenen publizistischen Angebot gehören.



WELTSPIEGEL

Mutige Künstler, rassistische Ultras

Von CARLO STRENGER

Israels Kulturszene ist in einer schwierigen Situation. Einerseits fordert die internationale BDS-Bewegung (Boycott, Divestment and Sanctions), Israel kulturell und akademisch zu boykottieren; andererseits fordert Israel Minister für Kultur und Sport, Miri Regev, dass jegliche Institution, welche gegenüber Israels heutiger Regierung kritisch eingestellt ist, keine öffentliche Finanzierung mehr erhält. Miri Regev, eine von Netanyahu engeren Verbündeten im Likud, hat sich einen Namen damit gemacht, dass sie das meist askenasische Kulturrestablishment europäischer Herkunft als unpatrisch und antisraelisch bekämpft. Sie versucht stattdessen Werke von Mizrahi-Autoren, also solchen nordafrikanischer und arabischer Herkunft, zu propagieren.

Zu Regevs Leidwesen – und zu dem der israelischen Rechten überhaupt – sind aber die international anerkanntesten und erfolgreichsten israelischen Künstler liberal eingestellt. Zu den anerkanntesten Schriftstellern gehören Amos Oz, David Grossman und Edgar Keret, scharfe Kritiker von Israels Rechtsregierungen. Israels erfolgreichste Filme und Filmserien (z. B. «Fauda», über den Kampf zwischen palästinensischen Terrorgruppen und israelischen Anti-Terror-Spezialeinheiten) zeigen die tägliche Realität des Landes aus einer hochkomplexen Perspektive. Die Bat Sheva Dance Company mit ihrem gefeierten Choreografen und künstlerischen Leiter Ohad Naharin gilt als eines der weltweit führenden Ensembles für modernes Ballett und ist seit Jahrzehnten provokant subversiv; immer wieder gibt es Konflikte mit der israelischen politischen Führung. Aber die internationale Kulturszene ist städtischen an der künstlerischen Qualität des Balletts – und auch an politischer Relevanz – interessiert, was Miri Regev und ihren ähnlich aggressiven rechts-populistischen Kollegen überhaupt nicht in den Kram passt.

Jetzt ist – zu Regevs Verdross – der vor zwanzig Jahren erschienene Dokumentarfilm «Forever Pure» («Für immer rein») von Maya Zinsheim über den Fussballklub Beitar Jerusalem mit einem International Emmy Award ausgezeichnet worden. Dieser Klub ist bekannt für die extrem rassistische Einstellung seiner Fans. Besonders der Fanclub La Familia ist berüchtigt für gewaltsame Ausschreitungen, vor allem gegen israelisch-arabische Bürger.

«Forever Pure» zeigt die Jahre 2012/13, als der Klubbesitzer, der russische Oligarch Arkadi Gajdamak, beschloss, zwei tschetschenische Spieler muslimischen Glaubens einzustellen. Dies ging den Fans, vor allem den Ultras von La Familia, gänzlich gegen den Strich. Die ersten Trainingsrunden der Tschetschenen Zaur Sadayev und Dzhabrail Kadiev wurden von Buhrufen begleitet und vom Gesang «Beitar Jerusalem, für immer rein!». Zu Letzterem sagte der verzweifelte Vorsteher des Klubs, solche Ausdrücke könnten gerade in Israel wegen der jüdischen Vergangenheit einfach nicht benutzt werden – worum sich die Fans aber herzlich wenig kümmerten. Sie terrorisierten die Spieler so lange, bis die Tschetschenen das Team verliessen.

Alle israelischen Rechtspolitiker fühlen sich verpflichtet, Beitar Jerusalem zu besuchen und zu bejeheln, um die extrem rechte Wählerschaft nicht vor den Kopf zu stossen. Die grosse Ausnahme ist Staatspräsident Reuven Rivlin, ein Fussballfan und einer der wenigen Likud-Politiker, welche noch liberale Massstäbe vertreten; er kritisiert die Beitar-Fans schon seit Jahren für ihren Rassismus.

Maya Zinsheim hat für diesen Film viele Morddrohungen erhalten. Aber es sind unerschrockene Künstler wie sie, die Israels liberales Lager am Leben erhalten. Es gibt in Israel noch genügend liberal denkende Menschen, damit den rechtsnationalistischen Extremisten das Land nicht kampflös überlassen wird.

Carlo Strenger ist Professor für Psychologie und Philosophie an der Universität Tel Aviv.